

Im Zuge einer sich vergrößernden Europäischen Union gewinnt das Zusammenwachsen von West- und Osteuropa zunehmend an Bedeutung. Dabei stoßen sehr verschiedene Kulturen aufeinander. Dies wird insbesondere an den unterschiedlichen Verhältnissen deutlich, in denen der Staat zu den Kirchen und zur Religion steht.

Während sich in Westeuropa und im westkirchlich geprägten Mitteleuropa Formen der Trennung und Kooperation von Staat und Kirche entwickelt haben, besteht im Territorium der orthodoxen Kirchen die Tradition der „Symphonie“, die eine enge Verbindung von Staat und Kirche kennzeichnet.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus müssen die orthodoxen Kirchen ihr Verhältnis zum Staat neu definieren. Aus westlicher Sicht konnte man einen Aufschwung der orthodoxen Kirchen und eine zunehmende religiöse Bindung der Bevölkerung beobachten.

- Welche Gründe haben dazu geführt?
- Was kennzeichnet vor diesem Hintergrund die Orthodoxie und ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft?
- Welche weiteren Entwicklungen sind abzusehen?

Mit diesen und anderen Fragen befasste sich das 45. Essener Gespräch unter der Überschrift „Das Verhältnis von Staat und Kirche in der Orthodoxie“.

Die Vorträge spannten einen weiten Bogen, um sich der Thematik zu nähern. Nach einem historischen Überblick über das Verhältnis von Staat und Kirche in der Orthodoxie folgten eine theologische Betrachtung und ein Vortrag zu den neuen Ansätzen einer orthodoxen Soziallehre. Abgerundet wurde die Tagung durch einen juristischen Beitrag zum Thema „Menschenrechte, Religionsfreiheit und Orthodoxie“.

Im Zentrum der Aussprache standen das sogenannte Symphonia-Modell, die Annäherung der russischen Politik an die Orthodoxe Kirche nach dem Zerfall des Kommunismus, das Verhältnis der russischen Nation zur orthodoxen Religion, der sozialetische Gehalt der orthodoxen Sozialdoktrin sowie das Freiheits- und Staatsverhältnis der orthodoxen Staatslehre.